

16.03.2023



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE
**NEUDRUCK
STELLUNGNAHME
18/425**
A12

Stellungnahme der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Nachwuchsmangel bei den Musikschul-Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen (Vorlage 18/527)

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. bekräftigt die Notwendigkeit, Lösungen zu finden für den Nachwuchsmangel bei Musikschul-Lehrkräften- wie auch bei Musiklehrern und –pädagogen in allgemeinbildenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Wie auch in der „Vorstudie zur Bestandsaufnahme Kulturelle Bildung NRW“ der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (2020) dargelegt wurde, gilt es diesem Mangel dringend zu begegnen: denn kulturelle und musikalische Bildung, die in Musikschulen, aber auch in allgemeinbildenden Schulen, Kindertagesstätten, Weiterbildungseinrichtungen, Kultureinrichtungen und durch private Anbieter angeboten wird, stellt nicht nur einen nötigen Sockel für die mögliche Ausbildung professioneller Musiker*innen dar. Sie bietet vielmehr auch die Möglichkeit, Musik zu entdecken, sich selbst aktiv durch Musik auszudrücken und kann einen wichtigen Beitrag leisten zu Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftlicher Teilhabe. Kulturelle Bildung für Alle, unabhängig von sozio-kulturellem Hintergrund oder Wohnort, ist ein Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaft.

Ad 1) Was bedeutet ein Nachwuchsmangel bei Musikpädagog*innen allgemein und im speziellen bei Musikschul-Lehrkräften in NRW für die Weiterentwicklung der kulturellen Bildung in NRW?

Eine systemische Betrachtungsweise der Ursachen und Folgen des Nachwuchsmangels bei Musikpädagoginnen ist unumgänglich:

- Der Mangel an qualifizierten Angeboten von Musikpädagog*innen für junge Menschen, durch die, je nach Interesse und Begabung, ein Niveau erreicht werden kann, das eine Aufnahme eines Studiums der Musik/Musikpädagogik ermöglicht, führt wiederum zu einem Mangel an Menschen, die sich für einen beruflichen Werdegang als Musikschullehrer*in oder Musikpädagoge entscheiden bzw. entscheiden können.
- Ein Mangel an musikalischer Bildung für eine möglichst große Anzahl junger Menschen, führt auch zu einem generell geringeren Interesse an musischer Praxis und Verständnis musischer Zusammenhänge, was wiederum, so ist zu vermuten, zu einem geringeren Interesse an komplexeren musischen Angeboten führt.
- Ein Mangel an Musiklehrern in der allgemeinbildenden Schule und Musikpädagog*innen in öffentlichen Musikschulen führt ggf. zu einer Verlagerung der kulturellen (musikalischen) Bildung in den privat-kommerziellen Bereich, wodurch sie für viele Familien aus finanziellen Gründen nicht mehr zugänglich ist. Musikalische Bildung wird noch stärker nur für finanziell stärker aufgestellte Familien zugänglich sein. Auch künftige Musiklehrer*innen sind so nicht mehr repräsentativ für die sozio-kulturelle Diversität der

Gesellschaft, wodurch ggf. wiederum die Zielgruppen, die Musikunterricht für sich in Erwägung ziehen könnten, reduziert werden.

- Dies wiederum hat zur Folge, dass das Potential der kulturellen Bildung, und so auch der Kultur, als gesellschaftlich-integrative Kraft nicht genutzt werden kann- im Gegenteil, dass sie zur gesellschaftlichen Segregation führt.
- In einem Kreativsektor, der von Diversität bereichert wird, führt die Verengung des Spektrums potentieller Interessent*innen und der in diesem Fall beruflich Tätigen auf finanziell gut aufgestellte sozio-kulturelle Schichten zu einer Verarmung kulturellen Ausdrucks- und die gesamtgesellschaftliche Relevanz droht zu sinken.

Der Mangel an Musikschullehrer*innen verstärkt die generell angespannte Lage im Bereich der musischen Bildung in allgemeinbildenden Schulen und Kindertageseinrichtungen. In NRW fällt zwar in der Grundschule kaum Musikunterricht aus, doch ist der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts mit über 70 Prozent im Bundesdurchschnitt vergleichsweise hoch (Landesfaktenblätter der Bertelsmann Stiftung zu NRW, 2020). Dies schadet sowohl der Qualität des pädagogischen Angebots wie auch dem Ansehen des Fachs. Hier gilt es dringend Abhilfe zu schaffen. Dies ist umso dringlicher, als dass die Landesfaktenblätter zeigen, dass die Anzahl der bis 2028 in die Rente ausscheidenden Lehrkräfte absehbar nicht mit den sich derzeit in der Ausbildung befindenden Pädagog*innen gedeckt werden kann.

Ad 3) Was könnten aus Ihrer Sicht Gründe für einen Nachwuchsmangel bei Musikpädagog*innen sein? und ad 4) Welche Maßnahmen können aus Ihrer Sicht dazu beitragen, auch kurz- und mittelfristig mehr Musikpädagog*innen zu gewinnen?

In der Position des Landesmusikrats NRW zur musikalischen Bildung (September 2019) wird eine detaillierte Analyse der Herausforderungen und möglicher Lösungsansätze zum Pädagog*innenmangel, sowohl im Bereich der Musikschulen, wie auch in der Schulbildung und den Kindertagesstätten vorgenommen.

Auch hier ist jedoch eine systemische Perspektive ist unabdingbar.

- Der Mangel an Lehrkräften ist nicht nur auf den Musikunterricht an Musikschulen oder auch allgemeinbildenden Schulen beschränkt. Es herrscht in allgemeinbildenden Schulen, insbesondere in Grund-, Haupt- und Realschulen, Lehrermangel in allen Fächern. Hier gilt es dringend, in Bildung zu investieren und gesellschaftliche und politische Wertschätzung und Unterstützung für pädagogische Berufe zu stärken.
- Zusätzlich wurden in einem bereits angeschlagenen Sektor während der Corona-Pandemie vielerorts künstlerische Fächer und Angebote gestrichen- wodurch Musikpädagog*innen und –lehrer*innen das Gefühl der mangelnden Wertschätzung vermittelt und die Prekarität des Berufs unterstrichen wurde.
- Information für junge Menschen über Berufe und Perspektiven im Feld der Musikpädagogik gilt es zu verstärken. Hierbei muss auch der falschen Vorstellung entgegengewirkt werden, dass ein Studium der Musik gegenüber einem Studium der Musikpädagogik mit höherem Ansehen verbunden sei. Hiergegen gilt es auch durch die Aufwertung der pädagogischen Berufe aktiv vorzugehen.
- Es gilt auch klar, die Erhöhung der gesellschaftlichen Wertschätzung durch resolutes Handeln und einem Finanzierungsschub für die Musikschulen zu ermöglichen.

- Um Musikpädagog*innen eine tatsächliche Perspektive zu bieten, muss eine angemessene Bezahlung sichergestellt werden. Somit sollte die Förderung des Landes nach dem Kultugesetzbuch an eine höhere Besoldung der Musiklehrer und an eine höhere Quote von Festanstellungen gebunden werden.
- Zudem führt eine schlechte Ausstattung der Musikschulen und eine geringere Anzahl von Vertragsbediensteten, die zusätzlich zum Instrumentalunterricht auch weitere Aktivitäten anbieten können, zu einer geringeren Motivation junger Menschen, in diesem Feld eine berufliche Perspektive zu sehen. Hiergegen gilt es vorzugehen.
- Weiterhin sollte dem demografischen Wandel der Bevölkerung NRWs Rechnung getragen werden: Musikhochschulen sollten bei einer größeren Öffnung zu musisch und pädagogisch interessierten jungen Menschen unterstützt werden, deren instrumenteller und musischer Hintergrund nicht im Kanon der klassischen westlichen Musik liegt. So könnten ggf. mehr junge Menschen für ein Studium der Musikpädagogik gewonnen werden. Zudem gilt es verstärkt, pädagogische Talente zu gewinnen, deren atypische Biographien nicht den jetzigen akademischen Auswahlkriterien entsprechen. Der Standard der „Exzellenz“ bei der Rekrutierung Studierender ist neu zu definieren.
- Ressortübergreifende Betrachtungsweisen fördern:
 - Eine Verstärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit (Bildung, Jugend, Kultur) ist zentral. Dies ist auch angesichts der nötigen Verzahnung beim Ganztagsangebot der Schulen zielführend.
 - Zudem könnte ein Blick in benachbarte Bereiche, z.B. dem Sport, lohnen: hier wird dem Trainermangel durch den Einsatz von jungen Sportler*innen entgegengewirkt, die jüngere Vereinsmitglieder mittrainieren. So werden auch früh pädagogische Fähigkeiten ausgebaut und Interesse geweckt (wenngleich peer-to-peer Ansätze qualifizierten Musikunterricht selbstverständlich nicht ersetzen, sondern nur stützen können).
 - Es gilt, breite Kooperationen in kommunalen Bildungsnetzwerken zu unterstützen, um vorhandenes Potential optimal zu nutzen und Synergien zu fördern.

Katherine Heid

Geschäftsführerin
Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (KuPoGe) ist ein bundesweiter, parteipolitisch unabhängiger Think- and Do-Tank für Kulturpolitik und steht für Transformation im Kulturbereich. Die KuPoGe ist ein Netzwerk und Zusammenschluss von rund 1.500 kulturpolitisch engagierten Menschen und Organisationen, ist Trägerin des Instituts für Kulturpolitik und zweier nationaler Kontaktstellen für EU-Förderprogramme –»Citizens, Equality, Rights and Values« sowie der »Creative Europe KULTUR« und des European Compendium of Cultural Policies and Trends.